

Irland

Nicholas Rees

Das vergangene Jahr mit seinen massiven Umbrüchen im gesamten Bankensektor und weltweiten wirtschaftlichen Einbrüchen dürfte als Jahr der Wirtschafts- und Finanzkrise in die Geschichte eingehen. Für das kleine Irland mit seiner offenen Volkswirtschaft waren diese globalen Turbulenzen eine besondere Herausforderung. Im April 2008 kündete der irische Premierminister, Taoiseach Bertie Ahern, an, bereits einen Monat später zurückzutreten. Seine ehemalige Regierung aus Fianna Fáil (FF), den Progressiven Demokraten (PT) und den Grünen blieb nach seinem Rücktritt geschwächt zurück und war kaum in der Lage bei dem anstehenden Referendum zum Vertrag von Lissabon tatkräftig für ein „Ja“ zu werben. Nachdem die Iren im Juni 2008 in einem ersten Referendum gegen den Vertrag von Lissabon stimmten, musste der neue Taoiseach, Brian Cowen, auf dem europäischen Juni-Gipfel die peinliche Aufgabe übernehmen, seinen europäischen Amtskollegen die Gründe für das irische „Nein“ zu erklären. Im Oktober 2008 hatte die Regierung einige EU-Staaten gegen sich aufgebracht, indem sie im Alleingang verkündete, eine Einlagenlangensicherung für Kleinkunden zu garantieren, um so das irische Bankensystem zu stabilisieren.¹ Gegen Ende des Jahres 2008 wurde Irland immer häufiger mit dem „bankrotten“ Island verglichen, unterscheidet es sich doch von diesem, wie einige Kommentare anmerken, nur mit einem einzigen Buchstaben des Alphabets.

Das irische Referendum zum Vertrag von Lissabon

In keinem anderen EU-Staat außer in Irland war ein Referendum die Voraussetzung für eine rechtsgültige Ratifizierung des Vertrags von Lissabon. Die irische Verfassung schreibt ein Referendum vor. Schon Anfang des Jahres 2008 wurde in den Medien viel über einen möglichen Zeitpunkt des Referendums spekuliert, diese Debatte wurden sogar noch fortgesetzt, als im April bereits eine Entscheidung über den Termin gefallen war. Sowohl die Regierung wie auch die wichtigsten Oppositionsparteien machten sich für ein „Ja“ für Lissabon stark – an der Spitze der Pro-Lissabon-Bewegung Außenminister Dermot Ahern, der verkündete, dass der Vertrag von Lissabon Irlands beste Wahl und eine Ratifizierung ganz im wirtschaftlichen Interesse Irlands sei.² Mitte Februar veröffentlichte die Regierung Erläuterungen zum Vertrag von Lissabon, und am 26. Februar stimmte das

Es handelt sich um eine aktualisierte und gekürzte Version eines vorab erschienenen Artikels des Autors in *Irish Studies in International Affairs* (Royal Irish Academy), 2009.

- 1 Die Regierung reagierte mit der Ankündigung, alle Bestände und Verbindlichkeiten bei irischen Banken und Bausparkassen für zwei Jahre zu garantieren, auf den Druck, dem sich die Banken ausgesetzt sahen. Sie löste damit gemischte Gefühle in Brüssel und in anderen EU-Staaten aus, da sie diese nicht im Vorfeld von ihren Absichten informierte. Sowohl Kanzlerin Angela Merkel wie auch der britische Premierminister Gordon Brown äußerten sich kritisch über das unilaterale Vorgehen Irlands. Die Europäische Kommission äußerte Bedenken, ob ein solches Vorgehen überhaupt mit der europäischen Wettbewerbspolitik vereinbar sei.
- 2 Department of Foreign Affairs, „Minister calls for a strong “yes” vote to the reform treaty“, Pressemitteilung, 5. Februar 2008, <http://foreignaffairs.gov.ie/home/index.aspx?id=41218>.

irische Kabinett dem Gesetzentwurf zu (28. Zusatz zur Verfassung), sodass dieser dem Dáil, dem Unterhaus des irischen Parlaments, vorgelegt und der Ratifizierungsprozess in die Wege geleitet werden konnte. Der Gesetzesentwurf beinhaltete einen Verweis auf Irlands Haltung in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), um eine Wiederholung der Probleme bei der Ratifizierung des Vertrags von Nizza zu verhindern. Bereits im Vorfeld hielt die Regierung Rücksprache mit den wichtigsten Oppositionsparteien, Fine Gael (FG) und der Labour-Partei, um den Rückhalt der Opposition sicherzustellen. Am 6. März konnte die Gesetzesvorlage zur Durchführung des Referendums veröffentlicht werden, und am 2. April stellte Außenminister Dermot Ahern das Weißbuch der Regierung „The EU Reform Treaty“ vor, in dem die wichtigsten Bestimmungen des Vertragstexts von Lissabon dargelegt und die Positionen der irischen Regierung skizziert werden. Ein 48-seitiges Glossar, das an alle Haushalte verteilt wurde, ergänzte diesen Vorstoß. Am 29. April konnte die Gesetzesvorlage schließlich mit großer Mehrheit im Dáil verabschiedet werden (bei nur 5 Gegenstimmen), die Grundlage für ein Referendum am 12. Juni 2008 war geschaffen.

Zu den Befürwortern des Vertrags von Lissabon zählten alle wichtigen politischen Parteien, einschließlich Fianna Fáil, Fine Gael, der Labour-Partei und den Progressiven Demokraten, genauso wie die Bundesvereinigung der Irischen Arbeitgeberverbände (IBEC), der Arbeitgeberorganisation Chambers Ireland, dem Irischen Gewerkschaftskongress und, nach einigen Beratungen auch der Irische Bauernverband (IFA). Ebenfalls zu den Befürwortern gehörten die Allianz für Europa und wichtige politische Entscheidungsträger, wie der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments Pat Cox und der frühere Taoiseach Garret FitzGerald (FG). Selbst wenn es so schien, dass die Führungsriege der Grünen Partei den Vertrag befürwortete, gelang es ihr auf einer Parteitagung im Januar nicht, eine gemeinsame Linie zum Vertrag von Lissabon zu erzielen; stattdessen wurde dort der Beschluss gefasst, dass die Entscheidung für oder gegen den Vertrag die Wahl jedes einzelnen Parteimitglieds ist.³

Unter den Gegnern des Vertrags finden sich Sinn Féin, die Sozialistische Partei, die Sozialistische Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei Irlands und eine Vielfalt organisierter Gruppen wie Libertas, die Peace and Neutrality Alliance, Action from Ireland (Afri), die Irische Friedensbewegung, Youth Defence (einschließlich Cóir), People's Movement und VoteNo.ie. Einige dieser Gruppen arbeiteten unter dem Banner „Campaign Against the EU Constitution“ zusammen. Auf Seiten der Gegner gelang es Declan Ganley und seiner Organisation Libertas die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu ziehen. Dies illustriert die Wirksamkeit der medial inszenierten Kampagne von Libertas, der es gelang, die Referendumsbestimmungen zu instrumentalisieren, die vorsehen, dass Gegner und Befürworter des Vertrags von Lissabon gleichermaßen in den Medien Gehör finden müssen.⁴

Die offiziellen Kampagnen der politischen Parteien kamen erst Anfang Mai so richtig in Fahrt. Als erste der Parteien startete Fine Gael am 1. Mai ihre Kampagne mit der Emp-

3 Auf der Parteitagung stimmten 63 der Delegierten für und 37 der Delegierten gegen ein „Ja“ im Referendum, folglich kam die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit nicht zustande, die für ein einheitliches Ja-Votum der Partei notwendig gewesen wäre. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass sich die ehemalige EP-Parlamentarierin Patricia McKenna für ein „Nein“ zum Vertrag von Lissabon stark machte.

4 Es gab zahlreiche Spekulationen und Gerüchte, dass die Libertas-Kampagne aus den USA finanziell unterstützt wurde. Declan Ganley's Firma, Rivada Networks, stellt Communication Equipment für die US-Regierung her, was jedoch von der US-Verwaltung abgestritten wurde. Ebenfalls wurde berichtet, dass der Geschäftsführer von Libertas ein Rivada Mitarbeiter sei.

fehlung an ihre Anhängerschaft, über die Differenzen mit der Regierung hinweg zu sehen und für den Vertrag zu stimmen. Ebenfalls Anfang Mai begann Sinn Féin mit wöchentlichen Flugblättern gegen den Vertrag Stimmung zu machen. Die Labour-Partei eröffnete ihre Kampagne am 11. Mai mit der Warnung, dass viele Wähler von den Vorzügen des Vertrags nach wie vor nicht überzeugt seien.⁵ Als eine der letzten Parteien begann Fianna Fáil am 12. Mai ihre Kampagne. Hinter den Kulissen hatten die großen Parteien allerdings bereits seit Anfang des Jahres parteiinterne Treffen abgehalten, dennoch blieb die Verwirrung auch unter den Parteimitgliedern über den Charakter und die Vorzüge des Vertrags von Lissabon groß. Offensichtlich machten sich die Parteien nicht nur gegenseitig den Vorwurf, an den eigentlich relevanten Themen vorbeizudebattieren,⁶ sondern waren selbst nicht in der Lage, ihren Mitgliedern die Zweifel an dem Vertragswerk zu nehmen.

Die Befürworter des Vertrags von Lissabon waren bestrebt, die Vorzüge der irischen EU-Mitgliedschaft und die Notwendigkeit der durch den Erweiterungsprozess notwendigen institutionellen Reform hervorzuheben. Es wurde argumentiert, dass Irland bereits in Vorfeld der Vertragsverhandlungen alle seine Hauptanliegen durchsetzen konnte. Die Gegner des Vertrags führten hingegen eine ganze Palette unterschiedlicher Themen ins Feld, wie etwa die Sorge um die Neutralität Irlands, das emotionale Thema Abtreibung oder die Arbeitnehmerrechte. Sie bedienten so die Bedenken unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und Organisationen. Die hitzige Debatte ging einher mit einer bunten Plakatlanschaft im ganzen Land.

Das National Forum on Europe verstand sich als Plattform für eine rege und informationsbasierte Debatte. Einflussreiche Politiker haben seit Anfang des Jahres immer wieder Bezug auf das Forum genommen, darunter Premier Bertie Ahern, Eamon Gilmore (Labour), EU-Kommissionsvizepräsidentin Margot Wollstrom, Mary Lou McDonald (Sinn Féin), die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, Kommissionspräsident José Manuel Barroso, Enda Kenny (Fine Gael), Gerry Adams (Sinn Féin) und der neue Taoiseach, Brian Cowen.⁷ Das Forum hielt zwischen Februar bis Mai landesweit eine Reihe von Veranstaltungen ab und veröffentlichte die Informationsbroschüre „A summary guide to the Lisbon Treaty“.⁸ Die Veranstaltungen waren allerdings nur schwach besucht.⁹ Am 6. März 2008 wurde unter der Leitung von Justice Iarfhlaith O’Neill eine Referendumskommission anberaumt, deren Hauptaufgabe darin bestand, den Wählern die Vorzüge des Vertrags von Lissabon zu erklären und die zu diesem Zweck ein Handbuch vorlegte.¹⁰ Im Oireachtas, dem irischen Parlament, lief im April und Mai 2008 unter der Führung des Joint Committees on European Affairs eine Informationskampagne mit einer Reihe von Zusammenkünften und öffentlichen Veranstaltungen.

Die Kampagnen schienen die Öffentlichkeit nicht erreicht zu haben. Am 26. Januar zeigte eine TNS/MRBI-Umfrage, dass 64% der Befragten noch nicht wussten, wie sie im Referendum wählen wurden, und 68% der Befragten gaben an, nicht ausreichend über den

5 Die Kampagne der Progressiven Demokraten begann am 15. Mail, die der Arbeiterpartei am 16. Mai 2008.

6 Mark Hennessy, „Adams criticises Ahern’s remarks“, Irish Times, 22. Februar 2008 und Mark Hennessy, „Ahern accuses ‘alarmist’ treaty opponents of misleading voters“, Irish Times, 1. Februar 2008.

7 Weitere Informationen über das National Forum on Europe sind abrufbar unter <http://www.forumoneurope.ie>. 2009 hat die Regierung beschlossen das Forum zu stärken.

8 Patricia McKenna äußerte den Vorwurf, die Informationsbroschüre sei voreingenommen und irreführend. Siehe Adam Harvey, „Forum on Europe booklet is biased—McKenna“, Irish Times, 1. Februar 2008.

9 Michael Parsons, „Local TDs and public spurn forum meetings“, Irish Times, 12. Februar 2008.

10 Weitere Details sind abrufbar auf der Website der Referendumskommission: <http://www.lisbontreaty2008.ie>.

Vertrag informiert zu sein. Diese Tendenz verschärfte sich einer Irish Times/TNSmrbibefragung vom 5. Juni eindeutig zugunsten der Gegner des Vertrags: 35% der Befragten hätten zu diesem Zeitpunkt mit „Nein“ gestimmt, während sich zu einem „Ja“ nur noch 30% bekannt hätten.¹¹

Am 12. Juni scheiterte das Referendum zum Vertrag von Lissabon bei einer Wahlbeteiligung von 53,1% (rund 1,6 Mio. abgegebene Stimmen) mit 53,4% Nein-Stimmen und 46,6% Ja-Stimmen. In nur 10 von 43 Wahlbezirken überwogen die Ja-Stimmen, in erster Linie in Leinster in der Gegend von Dublin. Die Gegner jubilierten über das Ergebnis des Referendums, das sie als Sieg des irischen Volkes feierten. Kurz nach dem Referendum verkündete der Taoiseach in einer Radioansprache am 15. Juni 2008 (RTE's This Week), dass seine Hauptaufgabe nun darin besteht, alles zu unternehmen, damit Irland in der EU nicht isoliert werde und weiterhin als konstruktives Vollmitglied angesehen wird. Er vermied dabei jede Bezugnahme auf ein zweites Referendum.

Die Zeit nach dem ersten Referendum vom Juni 2008

Nach der Niederlage im Referendum folgten Regierungsdiskussionen im Kabinett und im Dáil. Die Regierung ersuchte das Außenministerium unabhängige Untersuchungen in Auftrag zu geben, um die Gründe für das negative Ergebnis offenzulegen. Brian Cowen musste seinen Amtskollegen auf dem Juni-Gipfel des Europäischen Rats erklären, warum der Vertrag von Lissabon in Irland nicht ratifiziert werden konnte. Die Amts- und Regierungschefs der Europäischen Union haben ihre Beratungen dort ergebnisoffen geführt, um Zeit für weitere Überlegungen zu gewinnen; den Taoiseach ersuchten sie um einen Fortschrittsbericht für ein erneutes Zusammentreffen im Oktober 2008. Eine Nachverhandlung des Vertragstexts war nicht im Interesse der Regierungschefs, dieser sollte auf keinen Fall erneut aufgeschnürt werden. Auch wurden Stimmen laut, den Erweiterungsprozess auszusetzen bis diese Angelegenheit geklärt sei. Einige Regierungschefs versuchten dahingehend Druck auszuüben, dass bis zu den Europawahlen im Juni 2009 eine Lösung herbeigeführt werden müsse. Im Juli 2008 übernahm Frankreich die EU-Präsidentschaft. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy verkündete zum Auftakt der Präsidentschaft sein Bestreben, durch einen baldigen Besuch in Irland die Lissabon-Krise lösen zu wollen. Das irische „Nein“ zum Vertrag von Lissabon wurde durch die Weigerung des polnischen Präsidenten noch verschärft, die Ratifizierungsurkunde solange nicht zu unterschreiben, bis eine Entscheidung zum Umgang mit dem negativen Referendumsergebnis gefallen ist. Der tschechische Präsident äußerte seine Hoffnung, dass auch die Tschechische Republik den Vertrag aufgrund einer Blockade des Verfassungsgerichts oder im Senat nicht ratifizieren werde.

Der Besuch Nicolas Sarkozys in Irland wurde wegen seines hektischen Zeitplans auf den 21. Juli verschoben. Anfang Juli 2008 veröffentlichte die Vertretung der Europäischen Kommission in Dublin Untersuchungsergebnisse für das Zustandekommen des negativen Ausgangs des Referendums. Die Studien kamen zu dem Schluss, dass für das „Nein“ in erster Linie ein Mangel an Informationen über den Vertrag ursächlich war. Hervorgehoben wurde, dass eine Mehrheit der Frauen und junger Menschen gegen den Vertrag gestimmt hatte, während eine Mehrzahl der Männer und älterer Menschen dafür stimmte. 60% der

11 Honor Mahony, „Latest Irish poll shows EU treaty heading for defeat“, EU Observer, 6. Juni 2008. Siehe auch Stephen Collins, „Cowen faces first major test as Taoiseach after stunning slump in support for treaty“, Irish Times, 6. Juni 2008.

Fianna Fáil-Wähler haben demnach im Referendum mit „Ja“ gestimmt, 40% mit „Nein“. Die Wähler von Fine Gael waren in zwei etwa gleichgroße Lager gespalten (51% Ja-Stimmen bei 49 Nein-Stimmen), während 55% der Labour-Partei und 57% der Grünen mit „Nein“ stimmten. Die Anhänger von Sinn Féin waren zu 95% gegen den Vertrag. Es gelang gerade den einflussreichen politischen Parteien nicht, ihre Wähler von den Vorzügen des Vertrags von Lissabon zu überzeugen.

Vor diesem Hintergrund besuchte Präsident Sarkozy Irland. Im Vorfeld des Besuchs berichteten irische Zeitungen, dass Nicolas Sarkozy seiner eigenen Partei (UMP) gegenüber geäußert hatte, die Iren müssten ein weiteres Mal über den Vertrag abstimmen – eine Aussage, die bei Gegnern und Befürwortern des Vertrags gleichermaßen für Unmut sorgte.¹² Nicolas Sarkozy stritt diese Aussage später ab und fühlte sich missverstanden. Während seines Besuchs am 21. Juli 2008 fanden Treffen mit dem Taoiseach, Kabinettsmitgliedern und mit der Parteiführung der Labour-Partei und von Fine Gael statt. In der französischen Botschaft wurde eine Zusammenkunft mit 21 Befürwortern und Gegnern des Vertrags arrangiert, was u.a. bei der Labour-Partei und Fine Gael, den Befürwortern des Vertrags, Kritik hervorrief.¹³ In seinen öffentlichen Reden und in Pressekonferenzen betonte der französische Präsident, dass es für die Beilegung des Streits um die Ratifizierung in Irland keine schnelle Lösung gebe, er schlug jedoch vor, gleichzeitig mit den Europawahlen im Juni 2009 ein weiteres Referendum durchzuführen. Ausgeschlossen von den Treffen demonstrierte der Irische Bauernverband vor öffentlichen Gebäuden in Dublin gegen die Stoßrichtung der Politik von Peter Mandelson in der Welthandelsorganisation.

Um den Ratifizierungsprozess in Irland doch noch zu einem positiven Ausgang zu führen, setzte die irische Regierung auf eine Strategie, die Konsultationen mit anderen EU-Staaten, weitere Untersuchungen über die Gründe des verlorenen Referendums sowie eine innenpolitische Debatte im Oireachtas, dem irischen Parlament, über die künftigen Handlungsoptionen Irlands einschloss. Der Ratifizierungsprozess in der Europäischen Union wurde mit der Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden von Großbritannien und Zypern fortgesetzt. In Deutschland, der Tschechischen Republik und in Polen zeichneten sich allerdings Hürden für eine schnelle Ratifizierung ab.¹⁴ In bilateralen Gesprächen, u.a. bei Staatsbesuchen in Paris und einer Reihe weiterer europäischer Hauptstädte, warb der irische Premierminister für die Aufnahme von Sonderbedingungen in das Vertragswerk. Gleichzeitig tauschten sich Beamte aus den irischen Außen- und Justizministerien mit ihren Amtskollegen in Dänemark über das dänische Modell der Ausnahmeregeln („opt-out“) aus.¹⁵

Im September wurde ein von der Regierung in Auftrag gegebener Bericht veröffentlicht.¹⁶ In dem Bericht wird das Bekenntnis der Iren zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union hervorgehoben (70% der Wähler); immerhin 60% der irischen Wähler gehen davon aus, dass Irland seine Interessen am besten in der Europäischen Union vertreten kann. In dem Bericht heißt es weiter, dass sich 46% der Iren nicht ausreichend informiert fühlten, um

12 Mark Hennessy, „Ireland will have to vote again on Lisbon, says Sarkozy“, Irish Times, 16. Juli 2008.

13 Stephen Collins/Deaglan de Bréadún, „Gilmore turns down invitation to French meeting“, Irish Times, 19.-20. Juli 2008.

14 Mitte November hatten Deutschland, die Tschechische Republik und Polen den Vertrag noch nicht ratifiziert.

15 Eine der Möglichkeiten, die diskutiert wurde, war eine Ausnahmeregelung für Irland in Fragen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, eine Option, die jedoch strikt vom Außenminister abgelehnt wurde, da diese die Rolle der Streitkräfte minimieren würde.

16 Millward Brown IMS, Post Lisbon Treaty referendum research findings, September 2008.

über den EU-Vertrag abstimmen zu können. Besorgnis äußerten die Wähler bei der Gewährleistung des irischen Neutralitätsgebots (einschließlich der Einführung der Wehrpflicht) sowie bei Themen wie der Körperschaftssteuer, Abtreibung, Arbeitnehmerrechten und der Zusammensetzung der Europäischen Kommission. Keines dieser Themen habe jedoch die Referendumskampagne dominiert.

Die Regierung räumte ihre Versäumnisse in der Referendumskampagne ein. Als Antwort auf ihre Niederlage beschloss die Regierung die Einrichtung eines Unterausschusses des Gemeinsamen Ausschusses zu Europaangelegenheiten, um Irlands Zukunft in der Europäischen Union zu evaluieren. Unter Leitung von Senator Paschal Donohoe (FG) sollte der Ausschuss die zentralen Themen herausfiltern und zur Konsensbildung über die weiteren Schritte Irlands in der EU beitragen.¹⁷ Nach regen Beratungen sprach sich der Ausschuss in seinem Abschlussbericht vom 27. November 2008 mit Nachdruck dafür aus, dass Irland weiterhin im Kern Europas verbleiben sollte.

Auf dem europäischen Gipfel vom 15./16. Oktober 2008 informierte der Taoiseach seine Amtskollegen über die Vorgänge in Irland. Er stellte dort u.a. die Untersuchungen über die Hintergründe des irischen „Neins“ im Referendum vor. Allerdings war er nicht dazu in der Lage, mögliche Wege aus der irischen Misere zu skizzieren, er versprach jedoch bis zum Gipfeltreffen im Dezember eine „Roadmap“ vorlegen zu können. Auf dem Gipfeltreffen im Dezember wurden die wirtschaftliche Bedeutung des Vertrags von Lissabon hervorgehoben und Optionen eines zweiten Referendums in Brüssel diskutiert.

Das irische „Ja“ im zweiten Referendum

Die Entwicklungen des vergangenen Jahres haben Irlands Beziehungen zur Europäischen Union auf die Probe gestellt und gleichzeitig das Versagen der irischen Regierung, der politischen Parteien und vieler etablierter Interessengruppen offengelegt, die Haltung der Öffentlichkeit über den Vertrag von Lissabon von Beginn an positiv zu beeinflussen. Die Untersuchungen, die nach dem ersten gescheiterten Referendum durchgeführt wurden, zeigten, dass viele Wähler nur wenig über den Vertrag von Lissabon wussten und nicht bereit waren, diesem Vertrag ihr blindes Vertrauen zu schenken. Ende des Jahres 2008 wurde auch in der Öffentlichkeit die Gefahr einer möglichen Isolierung Irlands in Europa erkannt, wozu die sich weiter verschlechternde wirtschaftliche Situation maßgeblich beitrug.

Entsprechend ist es letztlich wohl kaum überraschend, dass die Iren im zweiten Referendum über den Vertrag von Lissabon am 2. Oktober 2009 mit einer hohen Wahlbeteiligung von 58% und überwältigender Mehrheit für den Vertrag von Lissabon stimmten (67,1% Ja-Stimmen bei 32,9% Nein-Stimmen). Für viele Wähler, die für den Vertrag gestimmt haben, haben vor allem wirtschaftliche Erwägungen eine entscheidende Rolle gespielt – Irland sollte nicht zum „sick man of Europe“ werden.

Weiterführende Literatur

Curtin, Deirdre: The Irish „No“ to the Lisbon Treaty: Ireland’s voice and Europe’s exit?, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, 1/2009, S. 31-50.

Dinan, Desmond: Institutions and governance: saving the Lisbon treaty – an Irish solution to a European problem, in: The JCMS Annual Review of the European Union 2009, S. 113-132.

Kingston, Suzanne: Ireland’s options after the Lisbon referendum: strategies, implications and competing visions of Europe, in: European Law Review, 3/2009, S. 455-475.

17 Der Unterausschuss tagte in der Zeit vom 8. Oktober bis zum 21. November 2008 insgesamt 18 Mal.